

Blutet die berufliche Vorsorge aus?

Die Pensionskassen haben ihre Leistungsziele in der Vergangenheit deutlich übertroffen, wie eine aktuelle Studie zeigt. Trotzdem sind Reformen dringend nötig.

Michael Ferber
14.5.2018, 05:30 Uhr

Die berufliche Vorsorge steckt international in der Krise. Die von der Geldschwemme der Notenbanken ausgelösten ultraniedrigen Zinsen setzen Pensionskassen und Pensionsfonds, die auf den Kapitalmarkt als «dritten Beitragszahler» angewiesen sind, schwer zu. Für Aufsehen hat dazu jüngst eine Rede eines hohen deutschen Versicherungsaufsehers gesorgt. Ohne zusätzliches Kapital von aussen könnten einige Pensionskassen ihre vollen Leistungen nicht mehr erbringen, sagte Frank Grund, Exekutivdirektor Versicherungs- und Pensionsfondsaufsicht bei der deutschen Finanzmarktaufsicht Bafin, Anfang Mai in einer Rede. Die Bafin habe bereits rund einen Drittel der 137 Pensionskassen in Deutschland unter verschärfte Beobachtung gestellt. Die Vorsorgeeinrichtungen haben grosse Probleme, die nötigen Renditen zu erwirtschaften.

Welche Qualität hat die Pensionskasse?

Michael Ferber / 9.4.2018, 06:00



Vorgaben übertroffen

Auch in der Schweiz stehen die Pensionskassen unter Druck. «Die berufliche Vorsorge blutet zusehends aus», schrieb der Schweizerische Arbeitgeberverband im April nach dem Entscheid der Versicherung Axa, aus dem Geschäft mit Vollversicherungslösungen in der beruflichen Vorsorge auszusteigen. Diese ist nicht zuletzt eine Konsequenz aus der Verpolitisierung der zweiten Säule des Schweizer Altersvorsorgesystems. Problematisch ist etwa der mit 6,8% deutlich zu hoch angesetzte Mindestumwandlungssatz im Berufliche-Vorsorge-Gesetz BVG. Derweil ist die komplexe und intransparente Rentenreform von Bundesrat Alain Berset 2017 an der Urne gescheitert.

Allerdings hat die berufliche Vorsorge in der Schweiz auch grosse systemische Stärken. Diese gelte es klarer zu kommunizieren, um das Vertrauen der Versicherten und letztlich der Politik zu stärken, heisst es in einer aktuellen Studie der Beratungsgesellschaft c-alm im Auftrag des Schweizerischen Pensionskassenverbands Asip. Sie weist auf die Leistungsfähigkeit der beruflichen Vorsorge hin. Diese habe die politischen Modellvorgaben in der Vergangenheit weit übertroffen.

Eine Lanze für das Drei-Säulen-System

Das in der Bundesverfassung vorgegebene sozialpolitische Leistungsziel besagt, dass durch die obligatorische Vorsorge – also die Kombination der AHV mit dem obligatorischen Teil der zweiten Säule – die «Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung» möglich sein soll. Diese ist durch die anvisierte Ersatzquote von 60% definiert. Die Rente soll also bei 60% des letzten Bruttolohnes liegen. Um diese «Fortführung der gewohnten Lebenshaltung» nach der Pensionierung zu erreichen, soll in der obligatorischen beruflichen Vorsorge planmässig eine Ersatzquote bzw. ein Rentensatz von 34% des letzten versicherten Lohns erreicht werden, wie es in der Studie heisst. Dieses Ziel sei in der Vergangenheit deutlich übertroffen worden. Für Personen, die 2016 pensioniert wurden, habe es beispielsweise bei 41% gelegen. Dies erkläre sich vor allem dadurch, dass die Verzinsung in den vergangenen vier Jahrzehnten deutlich über dem Lohnwachstum gelegen sei.

Ist die AHV eine Zeitbombe?

6.5.2015, 06:00

Seit der Einführung des BVG im Jahr 1985 sei die Leistungsfähigkeit in der beruflichen Vorsorge auch deutlich höher als in der AHV gewesen. Auch in Zukunft dürfte kein anderes Vorsorgesystem als das auf drei Säulen beruhende besser gerüstet sein, den vorgesehenen sozialpolitischen Leistungsauftrag zu erfüllen.

Massive Umverteilung

Allerdings sei die Umverteilung von Aktiven zu Rentnern bzw. von Jung zu Alt in der zweiten Säule mittlerweile so stark, dass ohne Übertreibung von «Ausbeutung der jüngeren Generationen» gesprochen werden könne. Und was passiert, wenn die Aktienmärkte schlechter laufen als in den vergangenen Jahren? Kursgewinne an den Obligationenmärkten haben ebenfalls dazu beigetragen, Probleme in der beruflichen Vorsorge zu übertünchen.

Die Studie macht mehrere Vorschläge für Reformen. Dazu zählen die Entpolitisierung der Parameter, also etwa des BVG-Mindestumwandlungssatzes und des BVG-Mindestzinses. Dies wäre sicherlich der Schlüssel, um die berufliche Vorsorge zukunftsfest zu machen und die Umverteilung zu stoppen. Politisch dürfte dies allerdings schwer zu erreichen sein. Die Autoren fordern zudem, das BVG bis zu seinem eigentlichen Zweck zu entschlacken. Zudem solle im BVG-Obligatorium die Wohneigentumsförderung sowie die Kapitaloption und der Bezug bei Selbständigkeit abgeschafft werden.

Mehr Anlage-Freiheiten in der zweiten Säule

Michael Ferber / 13.6.2016, 06:00



Auch wendet sich die Studie gegen Steuerprivilegien höherer Einkommen, die sogenannten 1e-Vorsorgepläne. Dieser Individualisierungsgrad gehöre in die dritte Säule bzw. die private Vorsorge. Bietet eine Pensionskasse 1e-Pläne an, können Versicherte, die mehr als 126 900 Fr. verdienen, für Pensionsvermögen auf Gehalts-Teile über dieser Grenze ihre Anlagestrategie selbst festlegen. Sie tragen dabei das Anlagerisiko, sind aber nicht von der Umverteilung betroffen. Die Gelder werden quasi innerhalb der Pensionskasse abgetrennt.

Private Pensionskassen verfügen wieder über genügend Finanzpolster

17.9.2014, 16:10

Überalterung setzt Pensionskassen zu

Börsengewinne haben die Lage der Schweizer Pensionskassen verbessert. Trotzdem stehen die Vorsorgeeinrichtungen vor grossen Herausforderungen.



18.9.2014, 05:30

Newsletter Wirtschaft

Bleiben Sie mit unserem täglichen Newsletter auf dem Laufenden. Überblick und Einordnung der wichtigsten Wirtschaftsthemen. Vor Börsenbeginn ausgewählt von der Redaktion. [Hier können Sie sich mit einem Klick kostenlos anmelden.](#)

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.